

**Ersteinst**  
wöchentlich einmal  
in  
**Zürich (Schweiz).**  
Verlag  
der  
**Verlagsbuchhandlung**  
**Kottlingen-Zürich.**  
Vorkaufungen  
franko gegen franko  
Gemeinnützige Briefe  
nach der Schweiz kosten  
Doppelporto.

# Der Sozialdemokrat

## Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

**Abonnements**  
werden bei allen Schweizerischen  
Postämtern, sowie beim Verlag  
und dessen bekannten Agenten  
entgegengenommen, und zwar zum  
voraus zahlbaren  
Vierteljahrspreis von:  
Fr. 2 — für die Schweiz (Streuhand)  
Fr. 2 — für Deutschland (Gauver)  
Fr. 1.75 für Oesterreich (Gauver)  
Fr. 2.00 für alle übrigen Länder des  
Weltverkehrs (Streuhand).  
**Postkarte**  
die Verlagsadresse mitteilen  
25 Cts. — 30 Pfg.

**Nr. 15.**

**Donnerstag, 10. April.**

**1884.**

**Avis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“**

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezug erfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzulassen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Rücksichtnahme darauf werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptvorsorge ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag schriftl. adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine anderweitige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich höchst gebührende Sicherheit beim Postverkehr. Soweit es uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

### Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

**Unsere Abonnenten in der Schweiz**  
zur gef. Kenntnis, daß wir diejenigen bisherigen Abonnenten, welche die Annahme unseres Blattes seit Beginn dieses Quartals nicht ablehnten, auch für das laufende Quartal als Abonnenten vortragen und Nachnahme sofort nach Ausgabe von Nr. 15 erheben werden, sofern die betreffenden Abonnementsbeträge nicht schon eingesandt wurden.

### Frisch auf zum Kampf!

Macht Euch zum Kampf bereit, Genossen, jeder Augenblick kann Euch unter die Waffen rufen.  
Die Zeit des gegenwärtig bestehenden Reichstags ist zwar noch nicht abgelaufen, aber jeden Augenblick kann seine Auflösung erfolgen. Das Ausnahmengesetz gegen uns muß, wenn überhaupt, noch vor Ablauf der Reichstagsperiode verlängert werden; lehnt der jetzige Reichstag die Verlängerung ab, so ist seine Auflösung in kürzester Zeit sicher.  
Bismarck braucht das Sozialistengesetz und hat zu diesem Zwecke, da auf seine Reden Niemand mehr etwas gibt, bereits den alten Wilhelm'schen Stimmzug machen lassen.  
Die Osterferien des Reichstages werden dazu benutzt, mit den feigen Parteien und Personen, deren Stimmen ausschlaggebend sind, über sein Können, hinter den Kulissen einen politischen Schacher abzuschließen, bei dem das Sozialistengesetz den Preis bildet, den Bismarck fordert.  
Lasse sich Niemand durch das Geschrei täuschen, das die Verfechter des Zentrums und ein Teil der „Freisinnigen“ zwischenzeitlich vor den Kaulissen anstimmen. Es hat nur den Zweck, die blöde Menge zu täuschen, die Situation zu verwirren oder verwirrt erscheinen zu lassen.  
In dem Augenblick, wo gewisse parlamentarische Größen dem Publikum pathetisch erklären, daß sie keineswegs gewillt sind, die Verlängerung des Gesetzes in der bisherigen Form zu bewilligen, wird vielleicht von ihren Bevollmächtigten heimlich mit Bismarck ein Vertrag abgeschlossen, wie es gemacht werden soll, daß das Ausnahmengesetz doch in seiner jetzigen Schönheit erhalten bleibe.  
Und warum sollte nicht gerade in diesem Vertrag die Auflösung des Reichstags eine Rolle spielen?  
Man denke nur, welchen Vorteil es bringt, mit dem Glorienzahn des Kampfers für freies Recht in den Wahlkampf einzutreten! Hinterher finden sich für so gewiegte Staatsmänner wie Windthorst z. B. immer noch Gründe genug, zu stimmen, und es das Geschäft erfordert.  
Es ist deshalb sogar wahrscheinlich, daß, wenn überhaupt ein Vertrag abgeschlossen wird, er auch in diesem Sinne ausfallen wird.  
Und wird er nicht abgeschlossen, wird die Verlängerung des Sozialistengesetzes nicht so bewilligt, wie Bismarck sie braucht, nun so ist die Auflösung sicher.  
Also Auflösung und Neuwahl fast auf jeden Fall.  
Soweit Bismarck's Arm reicht, arbeiten daher seine Leute mit Macht auf „gute Wahlen“ los, im Stillen zwar, aber desto systematischer. Die Beamtenmaschinerie, die seit den Verstaatlichungen um Zehntausende, Hunderttausende vermehrt worden ist, wird durch die famosen kaiserlichen Erlasse gehörig eingeschult worden — sie wird bei den Wahlen ihre Schulbildung zeigen.  
Das Zentrum hat den Kulturkampf, der zu „verjümpfen“ wähle, neu ausgewählt, und seine Geistlichen bearbeiten die Massen aufs Neue mit dem Schreckruf: Man will Euch wegen Eures Glaubens unterdrücken!  
Die „Freisinnigen“ machen Rundreisen und suchen den politischen Bauernfangen en gros zu betreiben.  
Kurz, überall sehen wir unsere Gegner sich zum Kampf rüsten — daher ergeht auch an uns der Ruf:  
**Frisch auf zum Kampf!**  
Unter welchen Umständen wir in den Wahlkampf eintreten werden, wissen wir nicht, daß wir ihn aber aufnehmen, darüber kann bei uns unter den heutigen Verhältnissen gar keine Frage mehr herrschen.  
Was man von der Ausübung des Wahlrechtes gesagt hat, ist die deutsche Arbeiterbewegung in neue „revolutionäre“ Bahnen zu lenken: daß durch sie nämlich die soziale Befreiung der Arbeiter herbeigeführt werde, das kann man, wie die Erfahrung zeigt, mit noch größerem Rechte von jenen Gewaltmitteln sagen, welche an Stelle des Wahlkampfes treten sollten.

Die soziale Befreiung der Arbeiterklasse kann so wenig das Werk einer einseitigen Bethätigung ihrer Kräfte sein, als sie das Resultat eines Kampfes von einem Tag, einer Woche, einem Jahr sein kann.

Da gilt es den Kampf auf der ganzen Linie zu führen, einen harten, energischen, ununterbrochenen Kampf. Den Kampf auf wirtschaftlichem Gebiet: in den Gewerkschaften, den Fachvereinen u. s. w.; den Kampf auf politischem Gebiete: bei den Wahlen für Gemeinde-, Landes- und Reichsvertretung; den gesetzlichen sowie, wenn dieser unmöglich gemacht wird, den ungesetzlichen; den friedlichen sowie, wenn derselbe aufgezwungen wird, den gewaltthätigen Kampf. Ein Universalrezept für diesen Kampf gibt es nicht.

Welchen nächsten Zweck aber müssen alle Kampfmittel haben, von denen die Sozialdemokratie, die Partei des arbeitenden Volkes, Gebrauch macht?

Sie müssen die Kraft der Arbeiterklasse vermehren, ihre Energie, ihr Selbstvertrauen. Und das ist der Zweck, weshalb unsere Partei in den Wahlkampf eintritt. Darum legen wir weit mehr Werth auf die Zahl der Stimmen, die wir erhalten, als auf die Zahl der Vertreter, die wir in den Reichstag entsenden. Freilich auch die Thatsache, daß sie im Reichstag eine Anzahl Vertreter sitzen hat, die ihre Interessen mit Energie vertreten, ist, wie die Erfahrung zeigt, von unschätzbarem Einfluß auf die Haltung der Arbeiterklasse.

Wenn noch ein Zweifel darüber möglich wäre, ob die Ausübung des Wahlrechtes für die Arbeiter von Nutzen sein kann, so haben das die Wahlen von 1881 bewiesen. Das unerwartet glänzende Resultat, welches die Sozialdemokratie im Oktober jenes Jahres erzielte, war das Signal zu einem neuen Aufschwung der deutschen Arbeiterbewegung. Die Arbeiter saßen wieder Muth und die Gegner bekamen Respekt vor der Festigkeit der anscheinend niedergeworfenen Partei.

Deutlich hat es sich gezeigt: Jeder Sieg unserer Partei ist ein Sieg der Arbeiterklasse als solcher — jede Niederlage würde eine Niederlage der Arbeiterklasse bedeuten. Deshalb wäre es Verrath an der Arbeitersache, nicht in den Kampf einzutreten.

Aber daran denkt kein Mensch in Deutschland. Wir treten in den Kampf ein, wir benutzen ihn, um unsere Macht zu stärken, um unsere Gegner, unter welchem Banner sie auch immer kämpfen mögen, zu schwächen.

Wir nehmen den Kampf auf, um überall dem Betrug entgegenzuwirken, den liberale oder konservative, christlich-soziale oder „demokratische“ Volksverführer an den Arbeitern zu verüben suchen.

Die alten Parteien, die Parteien der Ausbeutung — denn das sind sie sammt und sonders — vom Demokraten Köhl bis zum christlich-konservativen Stöcker — bieten alle ihre Kräfte auf, die Arbeiter durch Versprechungen aller Art in ihr Lager zu ziehen. Das gilt es zu verhindern.

Der Sozialismus liegt sozusagen auf der Straße, jede Partei macht heute in Sozialismus, Bismarck schimpft sich den Sozialreformer par excellence — es gilt, ihnen Allen die Maske vom Gesicht zu reißen.

Unter der Maske von Sozialreformen sucht man neue Fesseln für die Arbeiter zu schmieden, zu den politischen Ketten sollen noch wirtschaftliche kommen — die einfache Hungerpeitsche genügt nicht, man will eine doppelte flechten, die neunsträhige, wenn es geht!

Hier muß ein kräftiges Veto eingelegt werden, nicht von einzelnen Arbeitern, nein von der gesamten Arbeiterschaft. Und dies kann nur geschehen durch die Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels.

Welche Pläne außerdem noch im Hintergrunde schlummern mögen: Vermehrung der Lasten, des politischen Druckes, Beschränkung der Volksrechte, und was Bismarck sonst noch auf seiner Liste haben mag — es ist von höchster Wichtigkeit, daß das arbeitende Volk eine entsprechende Anzahl von Vertretern im Reichstage habe, die unter allen Umständen, unerschrocken und ohne Rücksicht, weder auf Throninhaber noch auf Thronnachfolger, ihre Stimme erheben.

Ja, wir müssen nicht nur möglichst viele Stimmen, wir müssen auch möglichst viel Vertreter im Reichstage haben. Wir müssen zeigen, daß wir nicht nur nicht an Anhängern eingebüßt, sondern vielmehr an solchen gewonnen, sehr viel gewonnen haben. Man hat zur Verteidigung des Sozialistengesetzes gesagt, daß wenn es allerdings unsere Partei nicht vernichtet hat, dies auch gar nicht bezweckt gewesen sei, aber es habe wenigstens die Ausdehnung unserer Partei verhindert. Es gilt, unseren Feinden auch diese letzte Ausflucht zu nehmen, es gilt zu zeigen, daß das Sozialistengesetz auch diese Aufgabe nicht erfüllt hat.

Deshalb noch einmal:  
**Frisch auf zum Kampf!**

Ihr, Genossen in Deutschland, vollendet, wo es noch nicht geschehen, Eure Organisation zum Wahlkampf; rüftet Euch, soweit es Euch möglich ist, mit allen Mitteln aus, welche dieser Kampf erheischt: mit geistigem und materiellem Rüstzeug. Schwerlich

wird es Euch ermöglicht werden, eine genügende öffentliche Agitation zu entfalten, deshalb richtet Euch auf die private, auf die Agitation von Mund zu Mund ein. Verschafft Euch Broschüren zur Propaganda, zur Aufklärung der Massen, knüpft, wo Ihr nur könnt, Verbindungen an, kein Ausflug, kein Spaziergang, der nicht der Agitation gewidmet wäre. Organisiert, propagiert, agitirt unablässig, unermüdet, jeder Tag verdoppelte Eure Energie, bis die Stunde der Entscheidung schlägt. — der Entscheidung auf Jahre hinaus.

Und Ihr, Genossen im Ausland, an Euch tritt das Pflichtgebot, Alles zu thun, was Ihr vermagt, Eure Brüder im Reich in ihrem Kampf zu unterstützen; Ihr, die Ihr Euch frei bewegen, frei versammeln könnt, benutzt diese Freiheit, materielle Kampfmittel für Deutschland aufzubringen. Keine Versammlung, kein Fest, keine Unterhaltung, bei der nicht für den Wahlkampf in Deutschland gesammelt wird! Ihr werdet auch noch auf andere Weise Euren kämpfenden Brüdern in der Heimath von Nutzen sein können, werdet ihnen in zurückkehrenden Kollegen Kampfgenossen zusenden, Eure eigenen Verbindungen in geeigneter Weise für unsere Sache ausnutzen können, — das Wesentlichste aber, was Ihr thun könnt, bleiben doch die Sammlungen. Namentlich Ihr, Genossen in Amerika! jetzt gilt es zu zeigen, daß Ihr noch treu und fest zur Fahne steht. Nur wenn wir Alle unsere ganze Kraft einsetzen, wird der Sieg uns werden. Unsere Gegner gebieten über alle äußeren Machtmittel, sie haben die Presse zu ihrer Verfügung, sie haben Geld, sie haben Aemter, mit denen sie ihre Agenten belohnen, sie verfügen über Zwangsmittel, mittels denen sie die Massen einschüchtern können. Wir haben nichts von Alledem. Die Partei der Armen hat nur winzige Mittel zu ihrer Verfügung, unsere thätigsten Anhänger müssen gewärtig sein, ihre Stellung zu verlieren, unsere Organe sind verboten, der Arbeiterpresse hat man im Schloß vor den Mund gelegt. Nur ein Mittel haben wir im Kampfe vor ihnen voraus: die Begeisterung!

Und die Begeisterung wird uns zum Siege führen!  
**Frisch auf zum Kampf!**

### Der Streik im Bodenbacher Industriebezirk.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Wien, den 30. März.

Es waren wenig erfreuliche Nachrichten, welche Ihnen in letzter Zeit von hier zugegangen sind: erst das Ueberwachen des Anarchismus und die Propaganda der Raubmordthaten, dann der Zusammenbruch der anarchistischen Organisationen in Wien und der Rückschlag desselben auf die gesamte hiesige Arbeiterbewegung — Alles das gab der Ansicht Raum, daß die Elemente des zielbewußten, ausdauernden Klassenkampfes in Oesterreich zur Zeit nicht vorhanden seien. Erfreulicherweise wird diese Ansicht ad absurdum geführt durch das neueste Lebenszeichen der Arbeiterklasse Oesterreichs, den großen Weber- und Spinnerstreik in Nordböhmen, der von einer bewundernswürdigen Ausdauer und einem hochentwickelten Solidaritätsgefühl zeugt.

Der Thatsachenzustand ist folgender:  
Vor ungefähr drei Wochen hatten die Arbeiter der Freidelschen Spinnerei in Rebsheim in Folge von Maßregelungen einiger Kollegen die Arbeit niedergelegt — natürlich unter Stellung einer Reihe von Forderungen, welche ihre erbärmliche Lage etwas bessern sollten. Die österreichische Bourgeoisie ist eine der niederträchtigsten Ausbeuterklassen, sie kann höchstens noch mit der belgischen oder italienischen wettgemessen werden — die Unternehmer in der Textilindustrie Oesterreichs gehören aber hinwiederum zu den niederträchtigsten ihrer eigenen Klasse, wie die Ausbeutung der Weber- und Spinnerverhältnisse in Rebsheim durch die Arbeitergenossen im vorigen Jahr satfam bewiesen. Gefährlich ist der Arbeiter so gut wie gar nicht geschützt, man kann sich also denken, daß die Arbeiter in Rebsheim genügend Anlaß zu Beschwerden hatten und daß sie weitgehende Forderungen stellen mußten, um nur einigermaßen menschenwürdige Zustände zu erzielen.

Die Ausbeuter bekamen Angst, es könne ein Sieg der Arbeiter in der Freidelschen Spinnerei auch weitere Arbeiterkreise zu ähnlichen Forderungen ermutigen — die Fabrikanten des ganzen Bezirks beschloßen daher, Freidelschen Arbeiter zu unterstützen. In der „Zeitschen-Bodenbacher Zeitung“ vom 12. März veröffentlichten sie den Beschluß. Aber wenn sie sich der Erwartung hingeeben hatten, dieser Beschluß werde die Arbeiter zu Vaaeren treiben, irren sie sich.

Die Arbeiter Nordböhmens sind nicht länger willenlose Sklaven, die sich ruhig duden, sie sind Männer voll von Klassenbewußtsein; anstatt eingeschüchert zu werden, wurden sie durch die Einmüthigkeit der Fabrikanten erst recht entflammt, und die Antwort auf die Solidaritätserklärung der Ausbeuter war die Solidaritätserklärung der Ausbeuteten: in allen Fabriken, deren Besitzer Freidelschen unterstützten, wurde die Arbeit niedergelegt.

Es ist also ein Streik nicht bloß um Lohnerhöhung, um Arbeitsvermehrung; seine eigentliche Ursache ist das hochentwickelte Solidaritätsgefühl. Die Freidelschen Arbeiter stellten die Arbeit ein, weil mehrere ihrer Kollegen gemahregelt waren; und weil man die Freidelschen Arbeiter maßregeln wollte, folgten die übrigen. Nehmen wir dazu die besonnenen Haltung der Arbeiter gegenüber den Provokationen der Fabrikanten, denen die Regierung gleich einige Kompagnien Infanterie zum Schutze beigelegt hatte; betrachten wir weiter die Kühnheit und Ausdauer, ohne Organisation, ohne Mittel einen so ausgedehnten Streik zu beginnen und jetzt durch bereits vier Wochen durchzuführen, dann müssen wir gestehen, daß dieser Streik Alles, was über die Unruhe und Verkommenheit der Arbeiter Oesterreichs gesagt wird, glänzend widerlegt.

Durch diesen Streik beweisen aber die Arbeiter Nordböhmens auch, daß sie nicht auf die Fahne des Anarchismus schwören, welcher den

Streik ebenso wie jede andere Form des Klassenkampfes vermischt, um diesen durch den individuellen Kampf zu ersetzen. Nach wie vor kämpfen sie unter unserem gemeinsamen Banner, dem Banner der Sozialdemokratie.

Die Grundursache des Streiks ist die Solidarität — deswegen mahnt er auch an die Solidarität, die zwischen den internationalen Sozialisten überhaupt, besonders enge aber zwischen denen Deutschlands und Oesterreichs besteht. Nur durch Anlehnung an die deutsche Sozialdemokratie, durch Theilnahme an deren Erfolgen kann die Sozialdemokratie Oesterreichs dem Pesthaude der Korruption entgehen, der sich im Lande der Niedertracht an jede Erscheinung des öffentlichen Lebens festsetzt.

Ich hoffe daher, daß es nur dieses Hinweises bedarf, um angesichts der kolossalen Schwächung, welche unsere Organisationen in Folge der anarchischen Wühlereien erlitten, die deutschen Genossen zu veranlassen, ihren schätzbarsten Nachbarn nach Kräften beizustehen. Sie werden dadurch nicht nur indirekt den Wählern und Spinnern in Deutschland eine Aufbesserung ihrer Lage ermöglichen, sie werden auch zur Kräftigung, ja ich möchte fast sagen zur Wiederbelebung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Oesterreich ihr Theil beitragen. In dieser Beziehung ist der Streik von großer Bedeutung. Worauf es heute ankommt, ist, daß die Arbeiterklasse Oesterreichs dem in jeder Form, in welcher er auftritt, gleich schädlichen Pestbiss — sei es als Anarchismus, sei es als Indifferentismus — entrissen werde, daß sie Selbstvertrauen in ihre eigene Kraft, d. h. in ihre eigene Kraft als Theil der großen Arbeiterbewegung der Neuzeit fasse.

Von diesem Gedanken ausgehend, wage ich es, meinen Appell an die Leser des „Sozialdemokrat“ ergehen zu lassen.

Cerveny.

Indem wir uns den Ausführungen des werthen Einsenders voll und ganz anschließen, wiederholen wir hiermit auf das Nachdrücklichste unseren, bereits in voriger Nummer ergangenen Appell um möglichste Unterstützung des Streikes in Nordböhmen.

Genossen! Eure Opferwilligkeit wird allerorts stark in Anspruch genommen, aber wir hoffen, daß wo es möglich ist, einen Beitrag, und sei er noch so klein, für unsere Brüder jenseits der schwarz-weiß-rothen Grenzpfähle aufzubringen, Ihr dies thun werdet. Im Vertrauen auf die Hilfe der Gesamtarbeiterschaft ward der Streik unternommen, laßt diese Hoffnung nicht zu Schanden werden! Die Opfer, die Ihr spendet, werden nicht vergebens sein. Der Sieg der Streikenden wird ein Sieg der Gesamtarbeiterschaft, ihre Niederlage ein Schlag für die Gesamtarbeiterbewegung sein.

Und was Ihr thut, das thut schnell, ohne Säumen. Schnelle Hilfe, doppelte Hilfe! Ihr, Genossen in Deutschland, sendet eure Spenden an die bekannten Vertrauensadressen, es ist dafür gesorgt, daß das Geld in die richtigen Hände kommt. Die Genossen im Auslande aber mögen ihre Beiträge an unsere Expedition senden; dieselbe wird die schleunigste Uebermittlung an die Streikenden in die Hand nehmen.

Die Redaktion des „Sozialdemokrat“.

\*\*\*

Nachschrift. Ein uns in letzter Stunde zugehendes Zirkular betont noch einmal, daß höchste Eile geboten ist. Von der sicheren Erwartung ausgehend, daß unser Appell bei den Genossen allerwärts lebhaften Widerhall finden wird, haben wir, um Zeit zu sparen, einstweilen aus unserer Kasse 200 Mark den Streikenden überwiesen.

Die Verwaltung des „Sozialdemokrat“.

## Aus einem sozialistischen Katechismus.

Nach der „Justice“.

Was versteht man unter Reichtum?

Alles, was den Bedürfnissen der Menschen dient und in irgend einer Weise zur Annehmlichkeit und Verschönerung des Lebens beiträgt.

Wodurch wird der Reichtum geschaffen?

Durch nützliche Arbeit in ihrer Anwendung auf Naturprodukte.

Nenne mir einige Beispiele nützlicher Arbeit!

Pflügen, säen, spinnen, weben, schmieden, zimmern u. s. w.

Nenne mir auch einige Beispiele unnützer Arbeit!

Eine Grube graben, mit der Absicht, sie sofort wieder zuzuschütten; einen Weg bauen, der nirgends hinührt; Menschen in absolutem Reichtum erhalten durch Versorgung mit Nahrung, Kleidung u. ohne jegliche Gegenleistung u. c.

Was versteht man darunter, wenn man sagt, ein Gegenstand besitze Werth?

Daß er Eigenschaften hat, die ihn den Menschen angenehm oder nützlich machen oder eine gewisse Menge allgemein nützlicher Arbeit verkörpert. Wie unterscheiden die Oekonomen diese beiden Bedingungen?

Durch die Ausdrücke Gebrauchswert und Tauschwert. Sind dieselben jemals identisch?

Man kann sie überhaupt nicht mit einander vergleichen.

Bitte, zeige mir an einem Beispiele, wie du das verstehst!

Der Hunger eines Nothleidenden, der in einen Bäckerladen tritt, übt keinen Einfluß auf den Tauschwert des Brodes, der vielmehr durch die Menge Arbeit bestimmt wird, die zur Herstellung desselben aufgewendet wurde.

Welchen Gebrauchswert hat es für ihn?

Einen unendlich großen, da es für ihn eine Frage auf Leben und Tod ist, ob er sich welches anschaffen kann oder nicht.

Welchen Gebrauchswert hat es für Andere?

Sein Gebrauchswert ist gleich Null für einen fettbesoldeten Stadt- oder Landrath, der sich den Magen überlassen hat, aber sein Tauschwert ist stets der Gleiche.

Gibt es keine Ausnahme von dieser Regel?

Wenn der Bäcker ein Monopol — das heißt allein das Recht über die Möglichkeit — hat, Brod zu backen, so kann er einen viel höheren Preis für dasselbe ansetzen, als nach der angewendeten Arbeit gerechtfertigt wäre.

Kommt dergleichen oft vor?

Jeder Monopolist verfährt so, man betrachtet das als selbstverständlich. Welches sind die Hauptmonopole?

Man kann dieselben in zwei Klassen einteilen: die Grundherren besitzen das Land, die Kapitalisten die modernen Arbeitsmittel, Maschinen u. s. w., als Monopol.

Wie sichert sich der Grundherr seinen Profit?

Indem er dem Landarbeiter entweder in Form von Pacht einen Theil von dem abpreßt, was derselbe erzeugt, oder ihm nur einen Theil des Wertes seines Produktes als Tagelohn auszahlt; unterwerfen sich die Arbeiter dem nicht, so verjagt man sie von Haus und Hof.

Wie macht es der Kapitalist?

Er preßt von den bescholtenen Arbeitern einen Antheil von Allem ab, was sie an Werth geschaffen, widrigenfalls er ihnen die Produktionsmittel vorenthält und sie so außer Arbeit setzt.

In welcher Weise vollzieht sich dieser Handel?

Der Kapitalist bewilligt dem Arbeiter in Form von Lohn ungefähr ein Viertel von dem, was derselbe durch seine Arbeit geschaffen, und nimmt die übrigen drei Viertel für sich und seine Klasse in Beschlag.

Wozu regelt sich der Betrag, den der Arbeiter erhält?

Der Arbeiter erhält geradezu soviel, als notwendig ist, ihn und seine Familie am Leben zu erhalten.

Wie wird dieser Betrag festgesetzt?

Durch die Konkurrenz der Arbeiter unter sich und die Unterbietung auf dem Arbeitsmarkt.

Ist er unveränderlich?

Er wechselt je nach dem Stande der gewerblichen Verhältnisse und ist auch je nach der Geschicklichkeit des betreffenden Arbeiters verschieden, aber er hat stets die Tendenz, auf das Niveau der allernöthigsten Lebensmittel der Arbeiterklasse zu sinken. Das ist ein volkswirtschaftliches Gesetz.

Wie heißt dieses Gesetz?

Das ehrene Lohngesetz.

Wie kann man dasselbe beweisen?

Indem man ausrechnet, was diejenigen an Nahrung und Kleidung verbrauchen, welche dieselben produzieren.

Gibt es ein unparteiisches Zeugnis für seine Richtigkeit?

Alle Gelehrten, welche diese Frage studirt haben, sind darüber einig. Welche Beweise führen sie dafür an?

Sie erklären, daß die arbeitenden Klassen beständig von Krankheiten infolge mangelnder Ernährung heimgesucht werden, daß „die Armen beständig an einer Krankheit leiden: Entkräftung.“

Was schlagen die Sozialisten zur Abhilfe dagegen vor?

Sie verlangen, daß die arbeitenden Klassen ihre eigenen Prinzipale werden.

Welche Wirkung würde das haben?

Die Klassen, welche heute faulend die Früchte der Arbeit Anderer genießen, würden von der Erde verschwinden, da jeder verpflichtet sein würde, gesellschaftlich nützliche Arbeit zu verrichten.

Durch welches Zwangsmittel?

Sie würden vor der Alternative stehen, zu verhungern, sobald die Arbeiter je nicht mehr für nichts und wieder nichts mit Nahrung, Kleidung, Obdach, Luxus versorgt.

Sind die „oberen Klassen“ nicht als Organisatoren der Arbeit von Nutzen?

Diesem, welche die Arbeit organisiren, sind ihres Lohnes werth, obwohl heute der Lohn meist ein viel zu hoher ist, nur die absoluten Nichtsthuer sind die Feinde der Arbeiter.

Sind zum Beispiel Aktienbesitzer als Arbeitsorganisatoren von Nutzen?

Sie lassen fast durchgängig Andere die Arbeit organisiren, und deshalb würde das, was die Aktiengesellschaften heute leisten, ebensogut verrichtet werden, wenn die Aktienthümer verschwinden würden.

## Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 9. April 1884.

Die Bismarckkrise ist noch immer nicht ausgeraten und gibt daher den Zeitungen Stoff zu allerhand bunten Kombinationen. Bismarck soll mit Puttkamer in Punkt Kulturkampf total überwunden sein, so daß wenn Wilhelm Bismarck's Entlassungsgesuch aus dem preussischen Ministerium nicht genehmigt, Puttkamer demnächst „Krieg“ wird, und was dergleichen Gerüchte mehr sind.

Sicher ist, daß Bismarck, wie wir bereits in letzter Nummer sagten, sich in dem „Kulturkampf“ gründlich festgesetzt hat. Deshalb will er die „ausreibende“ innere Politik gern fahren lassen und sich nur noch dem äußeren widmen, wo es weniger „Reibungen“ gibt. In der Diplomatie sind die Lorbeeren allerdings billiger.

Küßerling, wadell! der alte Wilhelm wieder einmal bedenkt. Und da ihm leicht einmal etwas Menschliches passiren kann, so ist es besser, man baut bei Zeiten vor, d. h. eine goldene Brücke für „unsern Feind“. Wir nehmen von dem Zeugnis nur deshalb Notiz, um zu zeigen, wie noch heute im neunzehnten Jahrhundert über die Köpfe des Volkes hinweg mit seinen Rechten und Interessen Schacher getrieben wird. Denn daß hinter den Koullissen stark ge- und verhandelt wird, ist eingeständene Thatsache.

— Kapitalistische Geständnisse. In Stuttgart, der Hauptstadt des Schwabenländchens, fand am 31. März eine Landesversammlung der württembergischen Industriellen und Gewerbetreibenden statt, welche einen Verein zur Förderung der Arbeiterversorgung (wie nett!) konstituirte. Der Zweck des Vereins soll sein: „an der Ausführung des Krankenkassengesetzes und der damit in Verbindung stehenden Gesetze“ sowohl zum Wohle der Arbeiter (natürlich!), als auch im Interesse des Friedens zwischen Arbeitern und Arbeitgeberern mitzuwirken. 259 Firmen der Großindustrie und 32 Gewerbevereine des Landes haben sich bereit erklärt, dem Verein beizutreten. Jeder Bezirk des Landes ernannt je einen Vertreter der Großindustrie und der Gewerbevereine, die das Landeskomite bilden, zu dem noch Industrielle aus den benachbarten Theilen Badens und Bagens kooptirt werden können. In Stuttgart wird ein Bureau errichtet, das den Industriellen in den erwünschten Fragen mit Rath an die Hand gehen soll. Die ganze Organisation wird solange bestehen, bis die genannten Gesetze zur Ausführung gekommen sind. Seitens des Vereins wird denjenigen Industriellen, die nach dem Rahmen des Gesetzes in der Lage sind, Betriebskrankenkassen zu gründen, gerathen, solches zu thun, da auf diese Weise sich immerhin noch ein gewisser Einfluß auf die Arbeiter ausüben lassen werde. (!) Man geht dabei davon aus, daß in den Ortskrankenkassen die Arbeiter gar zu sehr den sozialdemokratischen Uebertrieben (hu!) ausgeleert sein werden. Der in der Versammlung anwesende württembergische Bevollmächtigte zum Bundesrathe, Regierungsrath Schider, konstatierte, daß die Bildung solcher Vereine, wie der hier zu Stande gekommene, ganz im Sinne der verbündeten Regierungen sei!

Alles, was unsere Abgeordneten zur Kritik der Fabrikanten im Reichstage und in Arbeiterversammlungen gesagt, wird hier in dürren Worten zugestanden. Die Kranken- u. Versicherungs- u. c. Mittel einer Organisation der Unternehmer dienen, um einen „gewissen“ Einfluß auf die Arbeiter ausüben, d. h. den Arbeitern jede selbstständige Organisation u. n. m. g. l. i. c. h. zu machen zu können. Und das ist „ganz im Sinne“ der verbündeten Regierungen, letztere eine Umschreibung für Bismarck — wie aus dessen Reichstagsreden ersichtlich. Herr Schider hat hier aus der Schule gelehrt. Die „Arbeiterfreundlichkeit“ des großen Sozialreformers zeigt sich in immer deutlicherem Lichte.

Der Zufall will, daß in derselben Nummer desselben Blattes, dem wir den obigen Bericht entnehmen, der Nr. 93 der Münchener „Allgemeinen“, ein Artikel über die Unfallversicherung steht, in welchem ein Herr A. Pez aus Wien die österreichischen Bruderluden als Muster empfiehlt.

Da heißt es denn auch:

„Jene Mängel“ (das nämlich die Bruderluden der Freizügigkeit der Arbeiter nicht Rechnung tragen u. c.) „treten indes auch heute schon weit zurück gegenüber den Vorzügen dieser Klassen. Dieselben liegen vor Allem in dem schönen Verhältnisse gegenseitigen Vertrauens und freundlichen Zusammenwirkens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer! Gerade jene absolute Unzugänglichkeit des letzteren für die wohlwollendsten Bestrebungen des ersteren, welche zugleich das hauptsächlichste Ziel des Kapitalisten und die Verzweiflung des Prinzipals ausmacht, wird durch die Bruderluden verdrängt, und hiemit ist der Weg zu allem Guten gebahnt. Wesentlich begünstigt wird dieses Verhältniß durch die Thatsache, daß der Arbeiter die Bruderluden als Arbeitervermögen ansieht. Insofern fühlt er sich als „Besitzer“, als „Kapitalist“. Er bewacht seine Klasse mit Argusaugen und gestattet keine mißbräuchliche Ausbeutung derselben, wodurch dem schmerzlichen Uebel freiwilliger oder auch leichtfertig selbstverschuldeter Unfälle, welches Uebel die ganze Unfallversicherung zu vermirren droht, wesentlich vorgebeugt wird.“

O Pterdesus, wie deutlich schaut du hervor!

Aber noch eine schöne Seite haben die Bruderluden, die „rationelle“: vernunftgemäße Höhe der Unfallrenten.

„Im deutschen Reiche“, sagt Herr Pez, „sind dafür im großen Ganzen 66% in Oesterreich 60 Prozent des Jahresgehältes in Aussicht genommen.“

Diese Beträge, denen wahrscheinlich das Normale der Staatsbeamten als Anhalt diene, passen nicht für die Industrie, mögen nun die Einzahlungen vom Arbeiter oder Arbeitgeber (was ich geldlich, aber nicht moralisch, für gleichgültig halte) geleistet werden. Die österreichischen Bruderluden geben bisher Renten im Betrage von durchschnittlich 20—25 Prozent des Jahreslohns, das macht pro Kopf eine Rente von 70 Gulden. Der Betrag ist klein, aber er war bisher ausreichend, um den Mann zwar das Unglück immer noch empfinden zu lassen, aber doch gegen Roth zu sichern — der Invalide lebte auf dem Lande, empfing oft Naturalunterstützung, erhielt keine Hüfen von Angehörigen und suchte sich nach Möglichkeit noch sonst etwas zu verdienen.“

Welche Ruhestitute, diese Bruderluden! 70 Gulden, d. h. 120 Mt. Jahresrente, 3 1/2 Pennige pro Tag, — das ist allerdings der Gipfel der Vernunft! Da wird sich der Arbeiter hüten, sich, was er sonst schändlicherweise zu thun pflegt, zum Vergnügen, „aus Jur.“ die Knochen jermalen, die Haut mit glühendem Eisen verbrühen, die Gliedmaßen

abrühen zu lassen, und was dergleichen Volksbelustigungen mehr sind. Da wird er sein Unglück zwar noch empfinden, aber doch durch „milde Gaben“ ein Dasein fristen können, wie es sich ein — Dankelammer sekretär nicht besser wünschen kann. Herr Pez versteht das, er spricht aus Erfahrung.

Nicht minder deutlich haben sich die süddeutschen Baumwollinteressen auf ihrer gleichfalls am 31. März zu Stuttgart abgehaltenen Generalversammlung ausgesprochen. Dort wurde eine Resolution beschlossen, die den Zweck hat:

„die gesetzlichen Faktoren um Festhaltung an der Regierungsvorlage betr. die Ueberweisung der innerhalb dreizehn Wochen sich ereignenden Unfälle an Krankenkassen, sowie betreffend das Umlageverfahren zu bitten, 1) sich entschieden gegen jede zur Fahrung und Stellung der Rechte der Arbeiter geplante Einrichtung zu erklären, welche die Arbeiter in besonderer Organisation (Arbeiterausschüssen) den Arbeitgebern gegenübergestellt werden, 2) sich dagegen für Theilnahme der Arbeiter an der Verwaltung der Genossenschaft unter Voraussetzung einer, wenn auch minimalen, Beitragsleistung derselben auszusprechen, 3) um Aufnahme einer Bestimmung zu bitten, monach die Genossenschaften zwar berechtigt, aber nicht verpflichtet sein sollen, solchen Arbeitern, welche wiederholt gegen bestehende Schutzvorrichtungen gehandelt haben, im Falle einer dadurch herbeigeführten Verunglückung volle Entschädigung zu gewähren.“

Hier kann von keinem Pferdesuß mehr die Rede sein, hier zeigt sich der Ausbeutergeiz in seiner brutalsten Nacktheit. Das gegen die Arbeiter, Verdrängung jeder selbstständigen Regelung derselben, das ist die Triebfeder dieser süddeutschen Biedermeier, sammt und sonders Anhänger der Bismarck'schen „Sozialreform“.

In der Reichstagskommission zur Beratung des Unfallgesetzes waren einige der schreiendsten Härten des Entwurfes fallen gelassen worden — es ist 10 gegen 1 zu votiren, daß der Reichstag sie, gestützt auf die kompetenten Stimmen, wiederherstellen wird.

In Deutschland gehört es jetzt zum guten Ton, auf das herzlose Rasterthum zu schimpfen — ohne Hinzuzusetzen des „Gemüthes“ geht es nicht. Nun, der rücksichtslose Rasterthiermann ist uns noch lieber als diese zudersüßen Sozialreformer. Der Rasterthiermann heuchelt wenigstens nicht, er faselt nicht von staatlicher „Fürsorge für die Untererben“. Die aber, welche gemüthvoll von diesen schönen Dingen reden, sie haben dabei nichts Anderes im Auge als Polizeimaßregeln gegen die Arbeiter, und Staatshilfe, reelle Staatshilfe, für die Entbehrten, für die besagtenwerthe Klasse der Ausbeuter der Arbeit!

— Fortschrittliche Freigebigkeit. Wir unseren Lesern bekannt wurde der fortschrittliche Abgeordnete Richter (Bunzlau) voriges Jahr von deutschen Richtern der Majestätsbeleidigung für schuldig befunden und nicht bloß zu einer Gefängnisstrafe, sondern auch zum Verlust seiner Ehrenämter, also auch des Reichstagsmandats, verurtheilt. Der Prozeß erregte seiner Zeit gerechtes Aufsehen. Die angebliche Majestätsbeleidigung war nämlich vor fünf Jahren in einem Privatgespräch unter vier Augen verübt, und vor dritthalb Jahren durch einen Pfaffen, der Besitzer der Hälfte besagter vier Augen, dem Staatsanwalt denunzirt worden, aus Rache dafür, daß Richter (nicht zu verwechseln mit seiner loyalitätswüthigen Namensvetter Eugen) bei der letzten allgemeinen Wahl als oppositioneller Reichstagskandidat auftrat und auch siegte.

Richter (Bunzlau) ist einer der anständigsten Mitglieder der Fortschrittspartei; es war eine Ehrenpflicht für die Fortschrittspartei sofort nach Bestätigung jenes schmachvollen Urtheils ihn wieder als Kandidat aufzustellen. In ähnlichem Maße thaten dies die Sozialdemokraten, und Bebel, dem 1874 sein Mandat wegen sogenannter Majestätsbeleidigung aberkannt wurde, erhielt bei der Wiederwahl einen Zuwachs von etlichen tausend Stimmen.

Das war in der Ordnung. Der ungerechte Spruch engherziger Richter war durch ein imponantes Volksgerecht aufgehoben und so urtheilt.

So zu handeln, fällt den Herren Fortschrittler nicht ein. Es schämten sich ihres braven Parteigenossen. Der Majestätsbeleidigung paßt nicht in die Gesellschaft serviler Kronprinzen, Demokraten, die dynastischer Hundetrotz unterthänigst erbeten (den drastischen Ausdruck des Reuen Wintermärchens hier nicht zu gebrauchen); und so er denn schände auf dem Altar des feigen Fortschrittopportunisten geopfert worden.

Richter (Bunzlau) wird von der Fortschrittspartei nicht wieder aufgestellt! Die Niederträchtigkeit der Herren Fortschrittler ist dabei so groß, weil die Denunziation Richter's, wie schon angedeutet, nicht bloß deshalb erfolgte, weil er die fortschrittliche Kandidatur angenommen hatte. Ohne seine Kandidatur und Wahl würde die, schon aus dem tollen Delirium-tremens-Jahr 1878 datirende „Majestätsbeleidigung“ gar nicht zur Kenntniß der Staatsamwaltschaft gekommen sein.

Ein Theil der Wähler Richter's (Bunzlau) soll über die ihm seitens der Parteileitung gewordene Behandlung aufs Keuferste empört und entschlossen sein, ihn dennoch aufzustellen.

— Bismarck und Payer Hand in Hand. Der schwäbische Sozialpartei, der im Reichstage mit so heiligem Eifer den föderativen Charakter des deutschen Reiches betonte, wird seine helle Freude haben ob des neuesten Bismarck'schen Erlasses im Bundesrathe. Da die „deutschfreisinnige“ Partei der Richter, Hammer und Genossen in ihrem Programm auch die Forderung eines verantwortlichen Reichsministeriums hat — eine konstitutionelle Spielerei! — so wird Bismarck dem Bundesrathe eine Erklärung zugehen und dieselbe „Reichsanzeiger“ publiziren lassen, in welcher er diese Forderung unvereinbar erklärt „mit der Summe von vertragmäßigen Rechten, welche die verbündeten Regierungen gegenwärtig im Bundesrathe üben. Diese „vertragmäßigen Rechte“ der Einzelregierungen müssen in der Ewigkeit konstant werden, soll das deutsche Reich nicht „seinem Bestehen und seinem Untergang entgegengeführt“ werden, sie sind erhaltenswerth, denn es ist ja bereits das „dem deutschen Volke für seine nationale Geltung erforderliche Maß von Einheit gewonnen“ worden.

Järtlicher kann sich füglich selbst der demokratische Volkspartei nicht für die Konservirung der anderhalb Duzend deutscher Throne u. Thronchen ausgesprochen, als es Bismarck hier thut und es aus gut Gründen thut, denn diese von ihm gehärgelten Partikularregierungen sind ihm stets zu Diensten, wenn es gilt, einen Streich gegen die Volkrechte zu führen, die Steuerstraupe strenger anzuziehen. Sobald sie zu ihren Antheil am Raube erhalten, sind sie für jeden Verrath an den Angehörigen zu haben — die wahren Reichshausnechte.

Das kümmert aber die guten Volksparteier nicht. Wenn nur der föderalistische Prinzip gemahrt bleibt! Denn der St. Pöderismus gehört ja auch zu den unveräußerlichen Heiligthümern „Demokratie“ — was kommt es darauf an, ob er das Mittel der Unterdrückung jeder wirklich demokratischen Bestrebung ist!

— Abgeblüht. Das internationale Spitzeltum in einem Zustande hochgradiger Aufregung. Aus dem Feldzug gegen das Kiplrecht der Schweiz kann nämlich nichts werden, weil dieses Spitzeltum mit einer so kolossal, wahrhaft „polytridridigen“, in Deutschland freilich polytridridigen Ungefährlichkeit „gearbeitet“ hat, daß Schweiz den Spieß umdrehen und ihrerseits als Ankläger gegen das internationale Spitzeltum und dessen Kührer auftreten kann.

Der „verbrecherische Anarchismus“ — soweit er in Wirklichkeit nachweisen läßt, — ist unzweifelhaft von dem internationalen Spitzeltum gehegt und gepflegt, ja geradezu erzeugt worden. Das für liegen genügende Beweise vor. Herr Puttkamer war das schon zur Zeit der ersten Debatte über das Sozialistengesetz, das seine gebuckte Haltung.

Bekam er damals schon manches Unangenehme zu hören — so wird er vielleicht noch Unangenehmeres zu hören bekommen. Genug, internationale Spitzeltum ist vorläufig mißglückt, und die Unthätigen traurigen Campaigne sind von der öffentlichen Meinung urtheilt. Selbst in bürgerlichen sozialisteneinlichen Kreisen kennt man allgemein an, daß die Polizei in der letzten Zeit eine traurige Rolle gespielt hat, und daß namentlich der Versuch, die Sozialdemokratie mit jenem „verbrecherischen Anarchismus“ (d. h. raubmörderischen, sogenannten Anarchismus) zu identifiziren mißglückt ist.

Indes die öffentliche Meinung läßt sich bis zu einem gewissen Grade ja künstlich machen. Bismarck ist jetzt genötigt, va banque zu spielen. Und die einzige Möglichkeit für ihn, das Spiel wenigstens momentan zu gewinnen, besteht darin, die Geister zu verwirren, und in ähnlicher Weise die Sinne der Volksmassen zu be-  
herrschen, wie dies 1878 geschehen ist. Warum sollten wir nicht demnach wieder einige Aitentate bekommen? Von den 1878er Aitentaten hat Bismarck sechshalb Jahre gezecht und gelebt — um ein paar Jahren weiter zu leben, wird er sich schon Einiges kosten lassen (geht's doch nicht aus seiner Tasche!) Und für ein paar Tausend Neptun-Thalerchen läßt sich ein halb Duzend Aitentate verfertigen. Jedenfalls ist es gut, wenn wir uns und das Publikum auf derartige Ueber-  
raschungen vorbereiten!

An Versuchen zu Aitentaten hat's bekanntlich in letzter Zeit nicht gefehlt — immerhin ist's möglich, das einmal ein Versuch gelingt. Es laufen noch sehr viele Schmidt und Friedemann herum!

— Glück auf den Weg! Der von Bebel in seiner Rede vom 20. März gekennzeichnete „Revolutionär“ Friedemann hat sich nach Regio eingeschifft. Erst spielte er die gekränkte Linsquid, als er aber merkte, daß der Wind von einer ganz anderen Richtung her wehte als er glaubte, als die Schweizer Behörden Kieme machten, einmal den Spieß umzukehren, und die Sehaganten, welche Bismarck und Kompagnie in der Schweiz unterhalten, sich etwas näher anzusehen, da verduftete er schleunigst. Wahrscheinlich hat ihn sein Spezialgönner, auf den wir noch wie vor ein wachames Auge haben, rechtzeitig gewarnt und mit dem nötigen Reisegeld versehen. — Nun, das soll ihm wenig helfen.

Wir haben absichtlich uns bisher mit der Affäre Friedemann nicht befaßt; oder wollten und wollen unsern guten Freunden Bismarck und Buttler die Ueberraschung nicht verderben.

Alles zu seiner Zeit!

— Aus der guten Gesellschaft. Junge Dirnen, alte Weisheitsweiser, das ist ein uraltes Sprichwort; aber so alt es ist, so wahr ist es auch. Und es gilt nicht nur für Individuen, es gilt für ganze Klassen, ganze Gesellschaften. Den Beweis liefert uns in drastischer Weise die moderne bürgerliche Gesellschaft. Je mehr sie fühlt, daß ihr die Kräfte ausgehen, daß es mit ihrer Herrlichkeit zu Ende geht, um so lebhafter fühlen ihre Repräsentanten das Bedürfnis für das Ueberirdische, das „Transzendente“.

In den höheren Kreisen ist man heute, im Jahrhundert Darwins, gläubiger als je; es gehört zum guten Ton, fromm zu sein. Die Pariser „Haute-Volde“ hat sogar, wie der „Figaro“, das Organ der verbe-  
ratheten und unterzeichneten Halbwelt, für die Art, die Fastenzeit zu begehen, ein ganzes „System“ ausgearbeitet, das es dieser Woche ermöglicht, ihre Frömmigkeit recht demonstrativ zur Schau zu tragen. Denn je mehr die Republik die Priester „verloren“, d. h. den Pfaffen das Herrschen unmöglich macht, um so heiliger der Eifer der Herzoginnen, Gräfinnen, Baronessen — und welche Titel diese D-amen noch führen.

Man höre nur.  
In den ersten Wochen der Fastenzeit geht die Geschichte noch an, da begnügt man sich mit dunklen Toiletten und so weiter. Das dauert bis Ostern, wo eine „Erholungswoche“ gemacht wird, die — doch jetzt müssen wir wörtlich zitieren.

„Zu Ostern allgemeine Erholung, die für tausend Thorheiten auf dem Gebiete des Luxus, der Eleganz und der Gastronomie ausgenutzt wird. Allein schon Tags darauf besucht man nur noch die Armen und Stiefstuden des Glücks (die man das ganze Jahr über bestohlen hat). Statt in das Bois de Boulogne geht man in die Kirche. Amethyste und Perlen werden in das Gnuis zurückgelegt. Kein Theater mehr, kaum noch ein Konzert; keine Blumen auf dem Hute oder am Busen; dicke Schleier und auf dem Haar ein Wöllchen von Asche — nicht doch, von grauem Puder, der mit Myrrha und Benzoe parfümiert ist. Jetzt ist der Augenblick der bekannten Besucherkommen, die ein Vermögen werth sind, der Rosenkränze aus kostbarem Seiden, das man in den weißen Händen stimmern läßt, da man Hals und Arme damit nicht schmücken darf. Der kleine Salon wird in ein Bettzimmer verwandelt, die Terraloten, die Bronzen, die Genrebilder machen einer Gnadenmutter Platz, vor deren Füßen man die Blumen hinreut, die nicht mehr getragen werden oder als Pferde dienen dürfen.“

An dieser heiligen Stätte liest man die Evangelien und die Psalmen und zerschilt sich grausam die Hände beim Kähen für arme nackte Kinder (silberne Spielerei!). Da empfängt man die intimen Freundinnen und die gut gewillten Männer (!), die man auf diesem lebenswichtigen Wege nach Damaskus zu Gott führen möchte. Manchmal kommt der Abbé von . . . , welcher die Beliebtheit des Professor Caro theilt und vor einer Gruppe hübscher Weltamen einen geistlichen Vortrag hält. Ein großes Glück, ein großer Vorzug, die höchste Auszeichnung, welche bei denen füllt Reich erregt, in deren Salon dieser Christostomus, ein Ausbund von Obie, die frohe Botshaft nicht zu bringen versteht. Er ist es, der den Speisegetiel macht, wenn man gezwungen ist, ein Diner zu geben, er, der darüber wacht, daß auch gehörig gefastet wird, aber in einer sehr duldsamen Weise (!) das Menu mit Seengeheuern, Ersilingsgemüsen aus dem Gewächshaus, tropischen Früchten, Fasanen und Schilfrötenneieren und anderen Seltsamkeiten aufputzt.

Kommt dann die Charwoche, so tauchen die frommen Schönen ganz unter. Man zieht sich zu irgend einer geistlichen Genossenschaft „olan“ (?) zurück, läßt sich sieben Tage lang in das Gewand der Kovigen und empfängt in dieser Tracht, die oft kleid-  
samer ist, als eine Amazone von Redfern, seine Freunde am Gitter des Sprechzimmers. Man stellt Betrachtungen an, fastet, schläft auf hartem Lager, wandelt in den grünen Gängen des Klostergartens auf und ab und verläßt diese freiwillige Zurückgezogenheit gefährt, erfrischt, verjüngt, voller Lust für die Mühen eines neuen Jahres.“

Dem eilet es nicht bei der Schilderung dieser lusternen Frömmigkeit mit ihrer „duldsamen Weise“? Keisheit heißt Kaserei — welche infame Bezeichnung nicht in dieser duldsamen Kaserei! Man „fastet“ Erlingsgemüsen aus dem Gewächshaus, tropische Früchte, Schildkröteneier und „andere Seltsamkeiten“, und schließlich nimmt man moralische Brechmittel — wie die Römer der Kaiserzeit es mit ihrem überreizten Gaumen machten.

So treibt man es in Paris. In Wien, wo es gegen keine gottlose Republik zu demonstrieren gilt, wo noch ein großer Theil des „Plebs“ den Pfaffen nachläßt, betreibt man das „transzendente Bedürfnis“ durch den spiritistischen Schwindel — die „vierte Dimension“. Man macht in Geistesrichtigkeit, und da der Gesellschaft der Geist fehlt, so müssen die Geister den Mangel ersetzen. Kein besseres Geschäft heutzutage als Geistesbeschwörer. Wird solch ein Schwindler entlarvt, dann ist er sicher, trotzdem von seinen hochhändigen Gönnerinnen und Gönnerinnen mit Geschenken überhäuft zu werden.

Der Humburg reißt nachgerade so stark ein, daß sogar den Pfaffen ob der Konkurrenz dange wird. Dafür finden sich aber Professoren, Philo-  
sophen, die ihn „wissenschaftlich“ in Schutz nehmen. Nicht nur in Wien, sondern sogar auch in dem gelehrten und aufgeklärten Leipzig!

Ein Mitarbeiter der „Münchener Allgemeinen“, der über das Buch des Erzbischofs Johann, „Einblicke in den Spiritismus“ scharf aus dem Häuschen ist und in dem „hohen Verfasser“, der ein spiritistisches Medium in eine — obendrein ziemlich plumpe — Falle lockte und alsdann ent-  
schleimte, schon einen Geistesreizen erblickt, kommt am Schluß seiner Artikel zu folgender Betrachtung:

„Es fehlt der „stillsitzen“ Menschheit eine sittliche Aufregung und Betätigung, die hoffnungsvolle Arbeit an der Verwirklichung eines Ideals. Sie langweilt sich offenbar. Große, die ganze Gesellschaft ergreifende Ereignisse setzen solche Halluzinationen weg, wie ein kräftiges Gewitter die Bergesnebel.“

Den letzten Satz haben wir unterstrichen. Er stimmt ganz mit unsern Ansichten überein. Und daß dieses „kräftige Gewitter“ möglichst bald einträte, dafür zu wirken, ist unsere höchste Gemüthsregung.

— Berühmte Namen oder Lokalkandidaten. Unter diesem Motto schreibt uns ein Genosse:

In unserer Partei reißt leider die Sucht immer mehr und mehr ein, die paar Reichstagsabgeordneten, welche wir haben, an allen Ecken und Enden als Kandidaten aufzustellen — zum allergrößten Schaden der Partei. Wenn es sich um einen Wahlkreis handelt, wo jede Aussicht auf Erfolg von vorneherein ausgeschlossen ist — nun, das läßt sich ja nicht gerade viel sagen; immer vorausgesetzt, daß kein geeigneter Kandidat sich im Wahlkreise selbst befindet. In letzterem Falle werden aus Kinderheiten gewöhnlich in ein paar Jahren Mehrheiten. Was soll man aber dazu sagen, wenn einzelne bekannte Freunde in mehreren, ja in einer ganzen Anzahl von Wahlkreisen aufgestellt werden, welche wir für gut und erwerbungs-fähig, ja vielfach für sicher halten müssen?

Soeben lese ich z. B., daß einer unserer Abgeordneten, dessen Wahl in dem Kreise, den er jetzt vertritt, doch einigermaßen sicher ist, in einem ebenso guten Wahlkreise aufgestellt worden ist. Dadurch schädigt man beide Wahlkreise und nimmt unserer Agitation die Energie; denn jeder Wähler sagt uns: „Der wird ja doch da oder dort gewählt.“ Ebenso kann der Kandidat selbst sich nicht um alle seine Wahlkreise kümmern, wodurch uns oft die besten Wahlkreise verloren gehen. Ich erinnere nur an verschiedene sächsische Wahlkreise.

Wenn nun ein Kandidat in zwei Kreisen gewählt worden ist, oft erst durch Stichwahlen, dann geht der Wahlkampf von Neuem los: nochmals Stichwahlen und schließliches Resultat — Durchfall. Man denke nur an Mainz.

Sollte denn unsere Partei so arm an geeigneten Kandidaten sein? Ich sage entschieden: Nein!

Ebenso muß ich bekreiten, daß unsere Reichstagsabgeordneten so dar-  
auf erpicht sind, daß jeder in einem halben Duzend der besten Wahlkreise aufgestellt werde. So haben wir mit unseren guten Wahlkreisen keineswegs leichtsinnig zu verfahren. Nicht zu vergessen ist bei dieser Frage, daß wir vorerst in einigen kaum beachteten Kreisen durch Aufstellung geeigneter Kandidaten, welche im Wahlkreise wohnen, geradezu überraschende Erfolge erzielt haben. Woran liegt es also, daß so wenig Lokalkandidaten aufgestellt werden?

Diese Frage will ich in kurzen Worten beantworten, und gleichzeitig meinen Freunden aus dem Arbeiterstande damit tüchtig den Kopf waschen.

Es ist — offen gesagt — die gegenseitige Eifersucht der Arbeiter unter einander. Ueberall gibt es einige tüchtige Leute, welche leidlich unabhän-  
gig sind und sich zu Kandidaten sehr gut eignen und die Kandidatur auch annehmen. Allein da heißt's: „Was sollen wir denn mit Dem — der kann auch nicht mehr wie wir. Nein, wir wollen einen berühmten Kandidaten!“

Ein solcher Fall liegt z. B. in einem Wahlkreise vor, welcher für einen Lokalkandidaten ziemlich sichere Aussicht auf Erfolg hat. Auch ein Kandidat ist da, der sich bereits seit Jahren als Stadtverordneter bewährt; dennoch wird von einer Anzahl Genossen (ohne daß die größere Menge gefragt wird oder gefragt werden kann) ein gänzlich fremder Kandidat aufgestellt, welcher einen sicheren Wahlkreis hat und natürlich noch in einem halben Duzend von Kreisen aufgestellt werden wird. Beide Kandidaten sind sehr gute Freunde von mir, ich kenne auch die Lage des betreffenden Wahlkreises genau — besser vielleicht wie beide Kandidaten — und ich stehe nicht an, ein solches Verhalten im Allgemeinen, und hier im Speziellen, als eine enorme Schädigung der Partei zu bezeichnen.

Noch ist es Zeit. Suche jeder Kreis zuerst nach einem Kandidaten, welcher im Kreise oder in der Nachbarschaft ansässig ist oder der sich ihm ausschließlich widmet. Man sehe auf geachtete Namen, zuverlässige Gesinnung und mögliche Unabhängigkeit der Stellung. Solche Kandidaten, welche, ohne gerade fertige Reoner zu sein, auch mal „einen Ton sprechen können“, finden sich überall. Wenn's nach mir ginge, würde ich überhaupt dekretieren: Kein Genosse darf in zwei guten Wahlkreisen kandidieren.

Was erreichen wir durch die gegenwärtigen Verhältnisse? Die alte Garde wird überall aufgestellt, und junger Nachwuchs fehlt zumeist. Das unsere bewährtesten Genossen in allererster Reihe berücksichtigt werden müssen, das wird Niemand verkennen; aber die in guten Kreisen massenhaft erfolgende Aufstellung derselben und immer derselben Personen ist entschieden ein gefährliches Armuthsgewinnis unserer Partei.

Auch ein Lokalkandidat.

— Die Stichwahl im 2. Reiningen Kreise hat trotz sol-  
cher Wahlbeeinflussungen doch noch ein außerordentlich günstiges Resultat für unsere Sache ergeben: 4839 sozialdemokratische Stimmen gegen 8306 liberale Deputationsstimmen. Damit ist die höchste Stimmenzahl, welche unsere Partei je in diesem Kreise erzielt, erreicht worden. Weit höher aber als diese, an sich nicht hoch genug zu veranschlagenden Erfolg schätzen wir die Wiederbetätigung der Arbeiterbewegung in diesem Kreise. Und es wäre ein Unrecht, wenn wir das Verdienst verkennen wollten, welches der Kandidat selbst sich durch Annahme der von vorneherein aussichtslosen Kandidatur und rastlosen Eifer für die Agitation erworben. Ihm und seinen Wählern ein Bravo!

— Anarchistisches. Von den in Budapest verhafteten Anar-  
chisten ist ein Theil gegen das Versprechen, sich von jeder staats-  
gefährlichen Bewegung fernzuhalten, freigelassen worden, darunter die „Revolutionäre“ Jarkas, Szado und Bokros. Ueber letzteren schreibt die „Arbeiterwochenzeitung“:

„Es ist dies derselbe Bokros, bei welchem seinerzeit auch „zufällig“ die Papiere des in Prag zu zwölf Jahren Kerker verurtheilten Schuh-  
machers Fischer gefunden wurden, und der ein Intimus des „Ehren-  
mannes“ Kovacs gewesen ist, welcher bekanntlich auch aus dem Rahmen der ungarländischen Allgemeinen Arbeiterpartei ge-  
gangen wurde und sich in letzter Zeit mit dem dänischen Handwerke des Bestarrangements für den verregenen Kompatrioten Tancsis befaßte, und dembetreffs erst kürzlich ein an das patriotische Gefühl appellirendes Zirkular erlassen wurde.“

Ueberhaupt erscheinen verschiedene der Radikalsten der Radikalen plö-  
zlich in einem ganz wunderbaren Lichte. So meldet ein Telegramm, daß der Redakteur des „Kabal“, Herr Albin Schöffler, der nicht genug Schmutz auf die „Betrücker“ Bebel, Liebknecht u. werfen konnte, der mit dem Brüllen heiligster Ueberzeugung gegen die „Stimmzett-  
sozialisten“ donnerte, vor dem Untersuchungsrichter als Kronzeuge fungirt habe.

In der That, eine sehr gemischte Gesellschaft, diese Revolutionshelden.

— Streiks. In Berlin streiken 850 Arbeiter der Nähmaschinen-  
fabrik Rister u. Hofmann. Ursache: Lohnreduktion. Ein und zugestandenes Zugblat des Streikkomites figirt die Forderungen der Arbeiter folgendermaßen:

- 1) Wir fordern den alten Lohnsatz, und daß die Tischler denselben Lohn erhalten, den sie vor 14 Tagen erhalten haben.
- 2) Die Direktion verpflichtet sich schriftlich, kein Kommissionsmit-  
glied nach etwa beigelegtem Streik zu maßregeln.
- 3) Berlangt die Kommission seitens der Weiserschaft eine bessere Behandlung als bisher, resp. daß diejenigen, welche die Kommission namhaft gemacht, zu entlassen sind.

und schließt:  
Kollegen! Mitarbeiter! Wir fordern nur, was dem Arbeiter zukommt: menschlichen Verdienst und menschliche Be-  
handlung. Die große Zahl, die heute die Arbeit niedergelagt, haben bewiesen, daß wir im Recht sind, daß Niemand ohne das Notwendigste leben kann.

Kollegen! Mitarbeiter! Wir lassen uns durch nichts schreden und hoffen auf Euch. Einer für Alle! haben wir auf unsere Fahne geschrieben, und Alle für Einen! das haben wir bewiesen. Darum hoffen wir, daß Ihr uns nicht vergeßt.

Alle schriftlichen Mittheilungen sind an den Vorsitzenden der Kommission, Herrn Niemannsches, Riddors, Zietzen-  
straße 32, zu richten. Unser Kassirer, Herr Koch, wohnt Dranienstraße 198, v. II.

Alle arbeiterfreundlichen Zeitungen werden um Veröffentlichung oder Notiznahme gebeten!

In Dresden streiken die Arbeiter der Siemens'schen Glas-  
fabrik — 500 an Zahl — um 10 Proz. Lohnerhöhung und Verab-

setzung der Arbeitszeit; in Leipzig die Maurer um 10 stündige Arbeitszeit und 35 Pf. Lohn pro Stunde. Zu diesem Streik bemerkt ein Korrespondent der Berliner „Volkszeitung“:

„Lohnt es denn überhaupt, nachdem in Leipzig Einigung über den Lohn pro Stunde erzielt worden, wegen der Arbeitsdauer zu streiken? Die Meister verlangen offenbar die erste Arbeitsstunde nur, weil ihnen an schleuniger Fertigstellung der in Angriff genommenen Bauten liegt und sie werden ganz aus eigenen Städten in Verfertigung der Arbeitszeit auf 10 Stunden willigen, sobald die Bauten fertig sind.“

Nun ist es in der ganzen Welt Brauch, daß man mehr arbeitet, wenn zu viel zu thun ist, und umgekehrt. In diesem Falle leiden die Arbeiter dadurch keinen Schaden, da sie die erste Stunde bezahlt erhalten.“

Die schlan! „Offenbar“ ahnt dieser Piffikus gar nicht, welches Interesse für die Arbeiter besteht, daß die Bauten nicht so schleunig fertig gestellt und sie nicht so schleunig auf's Pflaster geworfen werden können als es den Meistern wünschenswerth erscheint; wie wenig es im Interesse der Arbeiter liegt, zeitweilig sich zu überarbeiten um hernach müßig herumzuliegen; daß 10 Stunden Arbeitszeit gerade genug ist, mehr wie genug, für Einen, der seinen Lebenszweck nicht darin sieht, sich wieder müßig abzuarbeiten. Oder er sieht es doch ein und will es nur nicht einsehen — aus guten Gründen.

Wir haben nämlich gegründete Ursache anzunehmen, daß der Ein-  
sender dieser Kotiz Niemand anders ist als der von uns mehrfach gekennzeichnete Herr Doktor Heinrich Fränkel.

## Korrespondenzen.

— Magwig-Leipzig. Am 24. Februar d. J. wurde der im hie-  
sigen Krankenhause verstorbenen Genosse Louis Rege aus Lindenau beerdigt. Rege war einer unserer thätigsten Genossen, und er hat es verdient, daß sein Name hier in Ehren genannt werde. Das Leichenbegängnis unseres Genossen war äußerst feierlich, es waren gegen 400 Personen, Männer und Frauen, erstere zum Theil mit rothen Rosen im Knopsloch, die unserm Genossen die letzte Ehre erwiesen. Dem Zuge voran, dicht hinter dem Sarge, wurde ein mit großer rother Schleife gezielter prächtiger Vorberkeim, von den Parteigenossen Leipzigs und Umgegend geschmückt, getragen.

Als nun der Zug das etwa 15 Minuten entfernte Kleinschöcher er-  
reicht hatte, wo sich der Friedhof befindet, trat der dortige Ortspfarrer Lohse in Begleitung des Küsters und einer Anzahl Schulkinder (Chor-  
knaben) auf die den Zug eröffnenden Leichenträger zu, ließ sie anhalten, die Hände absetzen und verlangte, daß die „auffallenden rothen Schleifen und Blumen“ entfernt würden. Diesem Verlangen entsprach jedoch kein einziger der Leidtragenden, insofern das Pfaffenamt seinem Gesoige Gehorcht machte, und somit unser Genosse zwar ohne allen kirchlichen Rimbuss, aber in einer desto würdigeren Weise beerdigt werden konnte.

Einer der Anwesenden sprach einige Worte des Abschieds und einige Sätze vervollständigen die Feier durch ein erheben des Lied. Von Seiten der Großbürger Genossen (14. Reichstagswahlkreis) war gleich-  
falls ein Kranz gesendet, welcher nebst dem der Leipziger, sowie den „auffallenden“ rothen Blumen der Erde mit übergeben wurden. Diese an und für sich unschuldige Feier gab der hiesigen Pfaffenstippe Ver-  
anlassung, gegen eine Anzahl hiesiger bekannter Sozialdemokraten Straf-  
antrag zu stellen, und zwar heißt es in dem Mandate, welches dieselben zugestellt erhielten, wie folgt:

„Durch das Tragen des zu einem Trauergeleite durchaus nicht  
passenden Abzeichens, hat sich . . . einer mit der Würde und Sitte eines christlichen Begräbnisses und den Gefühlen (siehe unten) der kirchlich gesunden Mitglieder der Kirchengemeinde unvereinbaren Verhältnisses schuldig gemacht.“

Das nun hierbei auch eine Anzahl Leute denunzirt wurden und be-  
straft werden sollen, die gar nicht dabei gewesen, ja überhaupt seit Jahren nicht mehr, einige sogar nie zu uns gehört, thut nichts zur Sache: der Jude wird verbrannt!

Den beleidigten Gefühlen der kirchlich Gesunden und speziell dem ultraorthodoxen Herrn Pastor Lohse fühlten wir uns übrigens veranlaßt, folgendes, worüber man gern, ach wie gern! den Mantel christlicher Un-  
verfrohenheit deden möchte, vor Augen zu führen:

Unser Eures „Gottesadlers“ und Eurer Kirche, Ihr Heuchler, be-  
findet sich ein Laden, dessen Besitzer, der Schuhmachermeister Grobe, vor einigen Monaten ein 13-jähriges Schulmädchen, welches einer Be-  
stellung wegen von ihrer Mutter zu ihm geschickt wurde, geschändet hat. Das Kind, das zu diesem Akt, der nicht ohne Folgen blieb, gezwungen wurde, erzählte die Geschichte weiter, und so erfuhr auch die liebevolle Gattin dieses Väterlings davon. Dieses Küsterepigramm einer „christlichen Hausfrau“ begibt sich in die Wohnung der Eltern jenes Mädchens, stellt letzteres ob seines Nichtschweigens zur Rede, und schlägt vor den Augen der Mutter auf's Brutalste auf das Mädchen los. Die Mutter will das nicht zulassen, verweist sich auf den „frommen“ Schusterin, und wird nun, nachdem letztere, um ihrer Frechheit die Krone aufzusetzen, noch Strafantrag gestellt, mit 10 Mark bestraft. Grobe selbst läuft zur Stunde noch frei herum, trotzdem der Staatsanwalt die Sache schon seit Wochen in Händen hat. Zum Verwundern ist das keineswegs, denn Lohse und Grobe sind diese Freunde; außerdem sind beide Kirchenvor-  
stände, und solchen „Größen“ gegenüber drückt die von Gott verordnete Obrigkeit gern ein Auge zu, wenn's irgend möglich ist, und überdies — dem Volke muß die Religion erhalten werden!

Ein Gläubiger.

— Stollberg i. S., 15. März. Ein Stimmungs- und Situationsbericht. Hier ist man wieder auf der Suche nach einem Bürgermeister. Das Amt trägt 4000 Mark, aber es scheint, daß dieser Gehalt nicht recht konvenirt, denn ein Kfessor in Z., der bereits zugestimmt hat, wieder abgelehnt. Für gewisse Beamten-Kategorien ist es somit unstrittig recht schon auf dieser Welt, die wiederum für Viele ein wahres Jammerthal ist.

Vor ungefähr 12 Jahren starb hier der alte Bürgermeister Augustin. Er war ein Mann von größter Einfachheit; treu, fleißig und ehrlich im Amte und von gutem Bürgerthum. Unter seinem Regiment hatte zwar nicht alles Hensel und Stiel; aber die Steuerzahler wurden doch nicht so ausgeplündert wie jetzt. Sie brauchten kaum den zehnten Theil der jetzigen Abgaben zu zahlen.

Da verschaffte sich der tugendhafte Hermann, jetzt Bürgermeister in Großenhain, ein Scheinschriftlicher, Weltung, und ward zum Vater der Stadt auserkoren, sein Hauptvorsitzender war der Baumeister und jetzige Landtagsabgeordnete Ullmann. Ullmann wußte geschickt den guten Vätern der Stadt allerhand Operationspläne plausibel zu machen, womit das Ansehen der Stadt und das Wohl der Bewohner gehoben werden sollte, und so wurde denn das Städtchen mit 6000 Einwohnern zur Mittelstadt aufgeblasen, äußerlich durch den Bau neuer Straßen, Eisenbahn, hohen Kirchturm, Realschule, Gasbeleuchtung und dergleichen herausgeputzt, wobei Ullmann sein Schäfchen ins Trockene brachte.

Da aber der Aufschwung des Städtchens trogalleben ein kaum nennenswerther war, kamen unsere genialen Rauschhelden auf einmal auf den Trichter: zum gewerblichen Aufschwung müsse man aus der Mitte der Bürgerschaft der Stadt einen Vertreter in dem sächsischen Land-  
tage haben, und Ullmann's einziger Wunsch, dort seine Mitbürger ver-  
treten zu dürfen, ging in Erfüllung. Ullmann freilich, das weiß Jeder, ist der gewerbliche Aufschwung — den er ja durchaus nicht schaffen kann — jedes Anders Schuppe; er hat den Weiterbau der Eisen-  
bahn im Auge, wobei für ihn dann ein gutes Stück Geld mit abgefallen wäre, wie er sich ja auch beim Verkauf des Bahnhof-Areals als Speku-  
lant zu erkennen gab, wobei sein guter Patriotismus gerade so viel  
mog, wie der des schädlichen Schauerjuden.

Nach Einführung der Realschule glaubten der Direktor derselben, Dr.  
Gilde und der Realschuloberlehrer Lösche, daß sie nun mit ihren Kollegen Stollberg glücklich machen würden und daher im Verein mit Ullmann die erste Geige da spielen dürften. Es ließ sich also Lösche in einen der beiden Militärvereine hier aufnehmen und sich da — natürlich nur um seinen kameradschaftlichen Sinn zu belunben und zu fördern — zum Vorsteher wählen; auch in's Stadtverordnetenkollegium

ließ er sich wählen. Da konnte er bei allen öffentlichen Festen und Aufzügen als Führer glänzen, und damit ihm ja Niemand etwas am Neugehlichen konnte, wurde er auch noch geheimer Redakteur des „Stollberger Anzeiger“.

Beiläufig bemerkt: Löhse bezieht als Realschuloberlehrer 3.300 Mark Gehalt und als Reaktor 600 Mark. Die Thätigkeit eines Realschuloberlehrers kann somit keineswegs so anstrengend sein, daß eine Gehaltsaufbesserung derselben, wie solche der Dr. Straumer im Landtage befürwortet hat, begründet erscheint, denn sonst hätte ja z. B. Löhse neben seiner Berufstätigkeit an der Realschule nicht die viele freie Zeit zu seinen Privatpossessionen und zur Beforgung eines so einträglichen Nebengeschäftes als Geheim-Reaktor.

NB. In seinen Händen befand sich bis jetzt immer die gewiß zeitraubende Geschäftsführung bei Wahlen der Ordnung- oder Reichs-partei.

Jetzt nun allerdings kommt die Bürgererschaft allmählich zur Einsicht. Die von hochbezahlten Beamten und ihrem Anhang leistungsfähig hingeworfene Phrase vom geschäftlichen und gewerblichen Aufschwung geht nicht in Erfüllung. Die hohen Lasten bleiben nicht nur, sondern sie vermehren sich.

Beispielsweise ist gar nicht abzusehen, was das Städtchen in einer Zeit von 10 oder 20 Jahren nur an Pensionen zu zahlen hat. Stollberg glänzt nur mit seinem Budget. 6400 Einwohner, davon ungefähr 2000 Steuerzahler, haben jährlich 83.000 Mark aufzubringen, Schulgeld natürlich noch extra! Und damit man ein richtiges Bild bekommt, will ich hinzufügen, daß neben den Spenden privater Wohltätigkeitsvereine das Städtchen 19.000 Mark für seine Armen aufbringen muß. Außerdem stellt es aber auch noch ein schönes Kontingent solcher, die zwar keine Armenunterstützung erhalten, aber auch keine Abgaben bezahlen können. Die Namen derselben werden schon seit Jahr und Tag in allen Wirthshäusern ausgehängt, und der Besuch öffentlicher Lokale ist ihnen verboten.

Sind unter ihnen auch einzelne, die ehelos denken und aus bösem Willen nicht bezahlen, so ist es doch der übergrößen Mehrheit derselben bei den gedrückten Arbeitslöhnen und sonstigen Familienverhältnissen absolut unmöglich, Abgaben u. zu entrichten, und diese nur zu Bedauernswürdigen müssen nun als Sündenböcke für den rein verrückten Dünkel unserer Bräuer und Windmüller herhalten. Hier, wo mindestens die Hälfte aller Lohnarbeiter Beschäftigung auswärts suchen müssen, wo der Handwerker und Handelsmann zum großen Theil auf Rundschaft der angrenzenden Ortschaften rechnen muß, in denen jetzt jedoch ein Konkurrenz nach dem andern aufsteigt, wo man Chemnitz nicht nur als Erwerbsquelle ansieht, sondern durch den Bahnverkehr allmählich allort seine Einkünfte an Lebensbedürfnissen und Kleidern macht — hier kann man mit Fug und Recht sagen, ohne sich als Prophet aufspielen zu wollen, daß mit einem solchen Budget dem Städtchen der Strick um den Hals gezogen ist, und daß es zwar als Mittelstadt fortzubestehen wird — denn zu einem vernünftigen Umfange fehlt unsern „Bauern“ doch der Muth —, daß aber eine Aufbesserung der erwerblichen Verhältnisse aller menschlichen Berechnung nach bei den heutigen Zuständen ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Haben wir heuer schlechten Geschäftsgang, so hat die Einschätzung-Deputation nächstes Jahr wirklich ein hartes Stück Arbeit zu verrichten. Den ersten Beweis von einer besseren Erkenntnis der Gemeindeangelegenheiten hat die Bürgererschaft damit abgelegt, daß sie bei den letzten Stadtverordnetenwahl den Oberlehrer Löhse aus dem Kollegium wieder ausmerzte.

Ein triftiger Grund hierzu war der: Der schöne Bürgermeister Herrmann, der auch oberster Beamter der Sparkasse war, hatte auf ein Hausgrundstück in Chemnitz gegen 20.000 Mk. aus der Sparkasse verborgt. Das Hausgrundstück wurde nun aber zwangsweise subhastiert und Herrmann verbummelte den Subhastationstermin. Es ging dieses Hausgrundstück dadurch für einen lächerlich billigen Preis an einen anderen Käufer über, und die Sparkasse Stollberg war — bezahlt. Herrmann machte sich aus dem Staube, und sein Nachfolger, der jetzt gleichfalls gewesene Bürgermeister Schurig, wollte seinem Vorgänger der Sparkassengeschichte wegen — bekanntlich hat eine Kröche der andern die Augen nicht aus — nicht zu wehe rücken; zum Schein führte er mit noch einigen Stadtverordneten jahrelangen Prozeß, sagte dabei natürlich die Kuh beim Schwanz an, verklagte den neuen Käufer, daß er zu billig gekauft hätte; und, wie vorauszusehen, war das Ende vom Liede: Die Stadtgemeinde hatte noch die Prozeßkosten zu bezahlen. Löhse nun war es gewesen, der im Stadtverordneten-Kollegium Herrmann und Schurig unterstützt hatte. An ihren Früchten hat man sie nun endlich erkannt!

Ich hätte zwar auch im Punkte der Sauererei gegen den einen und andern dieser noblen Herren noch Material zur Verfügung, aber das will ich vorberhand noch auf Lager behalten. Auch eine Kritik über das Ahlmann'sche Eisenbahnprojekt behalte ich mir vor.

Nun aber zu ernstlichen Dingen. Mitbürger in Stadt und Land! Unsere wirtschaftlichen Verhältnisse können nicht die bleiben, welche sie jetzt sind; sie spitzen sich international immer mehr auf Sein oder Nichtsein zu, und die Revolution vollzieht sich in dieser Hinsicht vor aller Augen; wenn daher für die Zukunft ein Gesellschaftszustand von unbeschränkten Herren emeritets und politisch und wirtschaftlich Geknechteten anderseits nicht behagt, der hat keine Wahl: der muß ins Lager der Sozialdemokratie, deren Endziel folgendes ist: Eine geordnete genossenschaftliche Produktion an Stelle der jetzt wilden Privatproduktion, so daß jeder seinen Theil Arbeit leisten muß, aber auch Jeder den vollen Ertrag seiner geleisteten Arbeit empfängt, das heißt an allen gesellschaftlichen Lebens- und Genußmitteln berechtigten Antheil hat.\*

Wenn es daher bei Land- oder Reichstagswahlen noch Arbeiter, Kleinmeister, kleine Handel- und Gewerbetreibende, kleine Oekonomen, kleine Beamte und dergleichen giebt, die blind jeden Andern, aber nur keinen Sozialdemokraten wählen, so beweisen diese damit, daß sie ihre eigene Klassenlage noch nicht erkannt haben, denn das Interesse aller der vorerwähnten erfordert es, nur — sozialdemokratisch zu wählen. Möge sich dieses die Wählererschaft Stollbergs bis zur nächsten Reichstagswahl reichlich überlegen!

Habt Ihr noch nicht gehört, daß auch die geistigen oder Kopfarbeiter immer mehr und mehr beschäftigungslos werden? Das Alte betriebligt eben große Schichten der Bevölkerung nicht mehr, Stillstand giebt es nicht, greifen wir deshalb zu einem besseren Neuen. Sozialismus ist in seinen äußersten Konsequenzen nichts anderes als die Verwirklichung dessen, was das praktische Christenthum so fern behauptet: der wahren Liebe und Achtung für seine Mitmenschen. Wollen wir daher den Ausba neuer glücklicher Verhältnisse herbeiführen, so muß praktischer Sozialismus und der sozialdemokratische Staat unser alleiniges Endziel sein. Wer aber hierzu mit dem Kopfe schüttelt, der trete hervor, damit er etwas Besseres nenne!

Noch eins. Man klagt allgemein über schlechten Geschäftsgang. Sonst waren hier immer die Lohngeber die Aghendbölle im Verdienst, jetzt wollen diesen nun die Strumpfwirker dieses beklagenswerthen Borrecht streitig machen. Die Hausindustrie im Strumpfwirkerei leidet fast unglücklich unter Lohnreduktion. Auf Maschinen, von denen eine 1100, 1200 und 1400 Mark kostet, verdienen die Arbeiter bei angestrengtester Thätigkeit noch 6—8 Mark wöchentlich, inklusive Spulerlohn; und Mancher, der 300—600 Mark angezahlt hat auf eine Maschine, kann die kontraktlichen Ratenzahlungen nicht innehalten, und wenn der Maschinenlieferant Gebrauch von dem abgeschlossenen Kontrakt und seinem Eigentumsrecht macht, so verliert derselbe seine meistens vom Rande abgedardten Anzahlungs-Mark. Daß sich solche Zeiten auch noch ganz besonders die Faktore zu Nutzen machen, liegt in der Natur unserer Verhältnisse, und erst kürzlich sagte in Th. ein Faktor zu einem seiner Arbeiter: „Ich brauchte noch nicht weniger zu geben, aber ich muß mich nach den Andern richten.“

Das ist bezeichnend. Mag das Geschäft nun gehen wie es will, die Hausindustrie kennt in diesem Fach, so lange sie Arbeitsmaterial vom Faktor oder dem Arbeitgeber erhält, keine Grenzen in Arbeitszeit und Produktion. Da tröstet sich nun mancher Hausindustrieller damit, daß

die Hausindustrie dem Fabrikbetrieb jetzt Konkurrenz mache, weil erstere ja neben dem geringen Verdienst auch noch das Kapital für Maschinen und Arbeitsräume selbst aufbringt, auch Direktoren, Aufseher, Werkmeister, Dampfkrast und dergleichen unnötig macht; aber das ist ein gewaltiger Irrthum.

Man muß ins Auge fassen, daß solch knapper Verdienst nicht zum Leben reicht, geschweige denn kontraktliche Verbindungen oder Reparaturen an Maschinen zu regeln; dann sind die Löhne in den Fabriken ja auch sehr weit herabgedrückt, und so ein Fabrikarbeiter zwei oder drei Maschinen bedient, kann ein Hausindustrieller nur mit einer Maschine arbeiten. Dann ziehen die Faktore — wahre Kompyre — sich ein Ködchen an und die zu solchen Zeiten mitgefertigte Lagerware muß selbstverständlich die Prozente für das Risiko derselben dem Arbeitgeber tragen.

Die Faktore unterbieten sich um die Arbeitsaufträge beim Arbeitgeber, und es müssen sodann schon längere günstige Konjunkturen eintreten, ehe ein normalmäßiger Arbeitslohn für die Hausindustriellen wieder eintritt. Daß die Hausindustrie aber trotzdem, und noch dazu in einer Gegend wie hier daher nicht so leicht ganz aufhört, ist selbstverständlich, und es ist den Strumpfwirkern, welche Maschinen haben, anzurathen, daß sie sich durch Bildung einer Lohnwirker-genossenschaft auf breiterer Grundlage einigen und den Faktoren dadurch das Handwerk legen.

Dadurch z. B., daß durch unbeschränkte Hostpflicht aller Mitglieder die etwas Mehrbesitzenden den Armeren mit aufhelfen, wird dem Maschinenlieferanten wie dem Arbeitgeber für die verabsagten Garne und dem Kapitalverleiher für das etwa zu erborgende Betriebskapital zur wesentlichen Lohnauszahlung Sicherheit geboten und den Faktoren die Arbeit entzogen. Je größer die Genossenschaft an Mitgliedern und Maschinen, desto größere Arbeitsaufträge sind dann zu bewältigen. Es wäre dann Aufgabe aller Mitglieder, gute brauchbare Waare zu liefern, sich eine thätige Geschäftsführung, einen einflussreichen Aufsichtsrath und eine gewissenhafte Kontrollkommission aus ihrer Mitte zu wählen und für Ausbehnung ihres Prinzipis zu sorgen. Dann werden die Faktore überflüssig und es ließe sich noch Manches regeln, was dem allgemeinen Wohl entspricht. Thalheim sollte hier den Anfang machen.

F. Textor.

**München.** (Verspätet.) Wir haben im Parteiorgan zweier braver Genossen zu denken, welche der Tod aus unserer Mitte gerissen. Es sind dies der Schlosser J. Haushofer und der Schuhmacher J. Groll. Beiden ward seitens ihrer Kameraden ein ehrenvolles Begräbniß zu Theil, bei welchem natürlich die Hochwürdigsten nicht fehlen durfte, die sich mit gewohnter Lebenswürdigkeit ihrer Aufgabe entledigte.

Genosse Schönank! ist vom Münchener Schöpfer — pardon. Schöffenrichter wegen eines gelegentlich der bekannten Sendlinger Sabelaffäre ausgebrachten höchst polizeimäßigen Hochs auf die Sozialdemokratie zu 20 Mark Geldbuße, eventuell 2 Tagen verurteilt worden. Die Verhandlung war ein Muster von neudeutscher Rechtspflege. Der biedere Präsident gestattete weder Angeklagten noch Entlastungszeugen über den eigentlichen Verlauf der Affäre sich auszusprechen. Als Belastungszeuge fungirte eine weiße Blause, der Hafnergeselle Hübner, der hiemit der allgemeinsten Hochachtung gebührend empfohlen sei.

Im Auftrage der Münchener Genossen:  
Bogenschieße.

### An unsere Leser!

Da diese Nummer des Charitativs wegen einen Tag früher fertig gestellt werden mußte, mußte die Auslandsrundschau diesmal fortbleiben.

### Achtung!

Aus Cincinnati, Ohio, 19. März 1884, erhalten wir folgende Zuschrift:

An die Redaktion des „Sozialdemokrat“!

Ungefähr 1200 Cigarrenarbeiter sind hier von den Fabrikanten ausgeperrt, weil sie sich einen Lohnzuwachs nicht ruhig gefallen lassen wollten. Da nun die hier bestehende starke Organisation der Arbeiter in unserer Branche den Herren Ausbeutern schon lange ein Dorn im Auge war, so werden dieselben nichts unversucht lassen, um den Arbeitern eine Niederlage beizubringen und so deren Organisation zu brechen.

Wir warnen daher unsere Kollegen in Deutschland und der Schweiz, wenn verfußt werden sollte, durch Versprechungen und Vorpiegelungen Leute hierher zu locken, darauf einzugehen und sich als Werkzeuge der Ausbeuter gebrauchen zu lassen.

Im Auftrage der Cigarrenmacher-Progressiv-Union Nr. 20:

Theodor Schuhmacher,  
Korrespondirender Sekretär.

### Partei-Archiv.

#### Quittung.

Für das Partei-Archiv gingen ferner ein:

- Von S. Dresden: 1 Pultrabel: „Das Ei des Kolumbus.“
- 1 K. C. K.: Mein Briefwechsel.
- 27 Stück Flugblätter, Gedichte, Plakate u. s. w. aus den Jahren 1848/49.
- 1 H. Vogel: Cholera und Staatshilfe.
- 32 Hefte Meyer: „Die Nacht an der Mosel“, „Berliner Revue.“
- 32 Nummern „Die Waage“ aus dem 3., 4. und 5. Jahrgang.
- Eine große Zahl von Zeitungen und Zeitungsausschnitten.
- Eine größere Zahl von Flugblättern aus dem Anfang der Partei-Agitation in Deutschland.
- Eine Anzahl Statuten von Arbeitervereinen.
- Von J. A. Oberstraf: 1 G. A. Demmler: „Der Dom zu Schwerin.“
- Von R. A. Riessbach: 1 Socialism mad plain.
- 1 Oesterreichischer Arbeiter-Kalender 1884.
- 1 Poverty and its remedy.
- 1 Mutual Co-operation.
- 3 Flugblätter.

Die Archivverwaltung.

### Briefkasten

Der Redaktion: J. Dgg.: „Hegelianismus“ dfo. empfangen. — Vater B.—r. in Genf: Besten Dank für Liebesendung der „Explosion“. Handbemerkung sehr richtig! Die Blase dürfte bald platzen. —

Der Expedition: Billy: Alles beachtet. — J. Sch. Gg.: Nr. 170 Nr. 2. Du. erh. — Pichelhaube: Nr. 153 — (30 Doll.) à Cto. Nr. 1c. erh. Bfm. hier nicht reklamierbar. Waren an Tdfr. adressirt. Weiteres brieflich. — L. D. Buffalo: Nr. 15 30 (3 Doll.) f. Schft. Nr. 2. Du. u. f. w. erh. Pdsquittung später. — Onfel: Nr. 28 80 und Grgng. pr. 1. Du. gutgebr. Reubestellg. notirt. — Wforheim: Nr. 15 — pr. Diätids. v. D. B. Gen. dfo. erh. — H. Seesturm: Nr. 3 — Ab. 2. Du. erh. — Rotze Fajne: Nr. 18 — Ab. 1. Du. erh. Bf. Weiteres. — Rathenow: Nr. 13 — pr. Dfbs. v. D. B. G. dfo. erh. — F. J. Biel: Nr. 33 50 Nr. 1. Du. erh. durch H. — C. Sch. Bern: Nr. 10 — gekamelt für's Lehmann-Denkmal, nebst Nr. 3 — v. D. dfo. erh. Adf. St. M. und unbekannt. — Lukas: Nr. 6 — pr. Schft. und Nr. 7 — pr. Df. Fonds dfo. erh. — W. H. Schft. Nr. 3 — Ab. 2. Du. erh. — J. B. Nueva Delvetia: Nr. 5 — Ab. 2. u. 3. Du. erh. Gruf! — Rtg. Nr.: Nr. 3 — Ab. 2. Du. erh. — J. Strauß N.-York: Nr. 60 75 (Doll. 12) à Cto. Abon. 1c. erhalten. — Maulwurf Gg.: Nr. 72 — 1. Du. erh. Adr. notirt. Bf. meyr. — Blanc:

Nr. 30 — pr. Jrb. à Cto. erh. — Epilog: Nr. 150 — à Cto. erh. Adr. vorgeh. — G. W. R.: Nr. 4 30 Ab. 2. Du. erh. — R. Bdg.: Nr. 10 — à Cto. Ab. 1. Du. erh. Ab. 3 in Ordnung. — D. P. Bdg.: Nr. 3 — Ab. 2. Du. erh. — C. L. Wfrh.: Nr. 4 — Ab. 1. u. 2. Du. erh. — Adelsberg: Nr. 150 — à Cto. erh. Gegenrthg. Nr. 23 80 gutgebr. Weiteres bejort. — G. B. L.: Nr. 3 — Ab. 2. erh. — W. B. Luzern: Nr. 37 60 Ab. 1. Du. u. Schft. nebst Beigabe erh. Bfllg. folgt. — D. B. Bern: Nr. 37 50 Ab. 1. Du. erh. — D. R. Gbg.: Nr. 3 — Ab. 2. Du. erh. Nr. 3 40 pr. Dfbs. dfo. verwendet. — A. J. Sfg.: Nr. 11 — Ab. 2. Du. u. Schft. erh. — G. B. J.: Nr. 1 — f. Pfoitzg. erh. — F. G. Montr.: Nr. 2 — Ab. 2. Du. erh. — A. Großhauer a. R.: Nr. 4 30 Ab. 2. Du. erh. — Salzstadl R.: Nr. 6 — Ab. 2. Du. erh. — Rintheimer Genossen: Nr. 5 — pr. Diätensds. dfo. erh. — H. J. Jh.: Nr. 4 — Ab. 2. Du. erh. — W. H. M.: Nr. 5. Nr. 3 — Ab. 2. u. 3. Du. erh. — F. F. Stbg.: Nr. 3 — Ab. 2. Du. u. Nr. 3 — pr. Dfbs. dfo. erh. — B. Wfrt.: 2. Nr. 3 — Ab. 2. Du. u. Schft. erh. Rest siehe spätere Pdsquittg. — J. Sch. Rf.: Nr. 8 — f. Schft. erh. — A. Konfr. Chicago: Nr. 202 55 (40 Doll.) à Cto. erh. Sendg. an Debq. natürl. nur unter Ihrer Garantie. — Philadelphia: Nr. 75 — (15 Doll.) v. Mitgliedern d. Metallarb. Union pr. Ufbs. durch G. Fiedler dfo. erh. — B. R. Fr.: Nr. 3 — Ab. 2. Du. erh. — H. Rysche N.-York: Nr. 151 90 à Cto. Nr. 1c. erh. Bücher v. Dg. längst ausgemiesen. Sollen fort sein. Weiteres folgt. Neuaufgabe „Frau“ in Arbeit. — Rosa Bed.: Nr. 55 — à Cto. Nr. 2. erh. Weiteres notirt. — Fallstaff Lhasen: Nr. 50 — pr. Ufbs. dfo. erh. — Fr. R. Wfrh.: Nr. 3 — Ab. 2. Du. erh. — B. I. IV.: Nr. 390 — à Cto. Nr. 1c. erh. — Rysche Rf.: Nr. 6 — f. Hbr. erh. — C. Sch. Rfbd.: Nr. 2 — Ab. 2. Du. erh. — F. Sch. Genf: Nr. 2 55 Ab. 2. Du. u. Schft. erh. — Heinrich: Nr. 5. Nr. 5 — à Cto. Nr. 1c. erh. Alles beachtet. — P. Z. Paris: Nr. 2 50 Ab. 2. Du. erh. 14 war fort. — Stbg.: Nr. 50 — Ab. April u. à Cto. alter Rest gutgebr. Bf. Weiteres. — Rebus: Nr. 6 — à Cto. Nr. 1c. erh. Genüßliches Bf. — Carlo: Nr. 55 — à Cto. Nr. 1c. erh. Adr. notirt. Bf. fort. — Silesia: Nr. 50 — à Cto. 83 erh. Adr. geordnet. — Hbr. a. R.: Nr. 5 — Ab. 2. Du. erh. Weiteres nach Wunsch. — A. R. Bdg.: Nr. 4 30 Ab. 2. Du. erh. —

**New-York Arbeiter-Fortbildungsverein**  
Derselbe versammelt sich jeden Montag  
in Jean Gross's Hamburger Hall 176 Ost 3. Street.  
1.00 (19) Der Vorstand.

### Sozialistische Arbeiterpartei Amerika. Sektion New-York.

Sitzung des Centralcomites jeden Dienstag Abends 8 Uhr  
in Lincoln Hall, Ecke Allen und Houston Street.  
Jeden Samstag finden Versammlungen statt. Näheres siehe  
„New-Yorker Volkszeitung“.

Sein befaßortirtes

**Lager sämmtlicher bekannter deutscher und  
englischer sozialdemokratischer Schriften**  
empfehl zum Verkauf

[1.00] Herrmann Rysche, 548, 9. Ave, New-York City.

### Abonnements auf den „Sozialdemokrat“

worden ausser beim Verlag und dessen bekannten Agenten — so  
wohl auf einzelne Monate als ganze Quartale — jederzeit entgegen-  
genommen bei folgenden Filialen und Verkaufsstellen:

- Zürich Volksbuchhandlung, Casinostrasse 3, Hottingen.
- Winterthur Deutscher Arbeiterverein, Haldenstrasse.
- Basel Deutscher Verein!
- Bern Restaurant Schmutz, Aarburgerstrasse 52.  
Deutscher Verein.
- Chur F. Pfau, Buchdruckerei Konzett.
- Zug J. Lanz, im Allgem. Arbeiterverein.
- Luzern W. Wagner, Hofstrasse 41 a.
- St. Gallen Joh. Zsch, zum Landhaus.
- Genf Deutscher Verein.
- Frauenfeld Heinrich Meyer, zur Blume.  
Deutscher Verein.
- Lausanne Arbeiter-Leseclub, „Café Vaudois“, Place de la  
Riponne.
- St. Imier Deutscher Verein.
- Biel Friedrich Keller, bei Wittwe Auer, Kesselgraben.
- Schaffhausen L. Vogler, zum Steindler.
- Paris A. Vogel, Passage Rochebrun 8.  
André Sondag 13 rue d'Atlas (Villette).  
M. Schulz, 90 rue Faubourg, St. Antoine (Hôtel du Nord).
- Kopenhagen K. O. Hørdum, Rømersgade 22 Stuen.
- Brüssel (bei bekannten Adressen).
- Liège Café des quatre Nations, rue Chapelle des Cloes.  
Kools, rue St. Magueritte 337.
- Verviers Charles Picraux, 20 rue de Luxembourg, Andrimont.
- Amsterdam Café Cosmopolite, Dykstr. 33.
- Antwerpen Ph. Coenen, rue Dambragge 11.  
H. Rackow, 35 Charlotte Street Fitzroy Square W.  
Mr. Schwetzger, 38 Church Lane, Court Road.  
London Mr. H. Schwetzger, Friseur, 10 Featherstone Str., City.  
Mr. Taub, Edward Street, Soho.  
J. W. Goodblood, Tobaccoist, 29 Foley Street,  
Cleveland Street.
- Castleford bei Yorkshire Theobald Völkel, 1 Dentonstrasse.
- Glasgow A. Schneider, 3 Martyr Str.
- Hull Friedr. Ronniger, Waltham Str. 13.
- Bukarest W. Bast, Strata Occidentului 18.  
John Heinrichs, 175 Orchard Street.  
H. Nitzsche, 548, 9. Avenue, City.  
Jos. Strauss, 356 East. 19 Street.
- New-York A. Höhn, care of „New-Yorker Volkszeitung“,  
184 William Street.  
Jean Gross, 176 Ost 3. Street.

Philadelphia W. F. Schmidt, Nr. 613 Callowhill Street,  
care of Philad. Tageblatt.  
F. W. Fritzsche, 325 Callowhill Street.

Chicago Jll. A. Lanfermann, 349 Divisionsstreet.  
Cincinnati, O. C. Schumann, 16 Mercer Street.  
St. Louis, Mo. Gebr. Herminghaus, 1805 Franklin Avenue.  
Baltimore, Md., Krämer u. Seeger, 483 W. Baltimore Str.  
Lawrence, Mass. Louis Martin, 35 Park Street.  
Buenos-Aires Aug. Latsky, Calle de Montevideo 89.  
San Francisco, Cal. C. Blass, Natoma Street 611.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Charitativs des Genossenschaftsbüchereis Dattings-Büch.